

Magazin

erwachsenenbildung.at



Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

<https://erwachsenenbildung.at/magazin>

Ausgabe 38, 2019

Arbeitsmarktorientierte Erwachsenenbildung

Im Spannungsfeld von Verwertbarkeit
und Emanzipation

Praxis

Berufsausbildung und Berufsvorbereitung für Jugendliche als zunehmend wichtige Aufgabe der Erwachsenenbildung

Eine Sondierung aus Perspektive des BFI

Michael Sturm



Berufsausbildung und Berufsvorbereitung für Jugendliche als zunehmend wichtige Aufgabe der Erwachsenenbildung

Eine Sondierung aus Perspektive des BFI

Michael Sturm

Sturm, Michael (2019): Berufsausbildung und Berufsvorbereitung für Jugendliche als zunehmend wichtige Aufgabe der Erwachsenenbildung. Eine Sondierung aus Perspektive des BFI.

In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 38, 2019. Wien.

Online im Internet: <https://erwachsenenbildung.at/magazin/19-38/meb19-38.pdf>.

Druck-Version: Books on Demand GmbH: Norderstedt.

Erschienen unter der Creative Commons Lizenz CC BY 4.0

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Schlagworte: Berufsausbildung, Berufserfahrung, Berufseinstieg, berufliche Erwachsenenbildung, Produktionsschule, überbetriebliche Lehrausbildung, Arbeitsmarkt, Ausbildungspflicht



Kurzzusammenfassung

Zu viele SchulabbrecherInnen, zu wenige Lehrstellen in der dualen Berufsausbildung – das sind Problemfelder, die in den letzten zwei Jahrzehnten in Österreich zu einigen bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Initiativen außerhalb des traditionellen Ausbildungssystems geführt haben. An deren Entwicklung haben Einrichtungen der Erwachsenenbildung maßgeblich mitgewirkt. So gehen die Lehrgänge zur Absolvierung einer überbetrieblichen Lehrausbildung (ÜBA) und die Gründung von Produktionsschulen, die schließlich gemeinsam mit Coaching-Angeboten von der letzten Bundesregierung im Programm „Ausbildung bis 18“ gebündelt wurden, auf das Engagement von Erwachsenenbildungsinstituten (v.a. BFI, BBRZ, FAB, JaW) zurück. Mit diesen bedarfsgerechten und zielgruppenspezifischen Beratungs- und Qualifizierungsangeboten zur Verbesserung des Übergangs von Schule und Ausbildung zum Berufseinstieg wird für Jugendliche und junge Erwachsene ein wesentlicher Beitrag zur Verringerung der Arbeitslosigkeit und der NEET-Rate (NEET steht für Not in Education, Employment or Training) geleistet. In welcher Form und in welchem Ausmaß dies geschieht und welche Auswirkungen das auf die Erwachsenenbildung insgesamt hat, wird im vorliegenden Beitrag aus Sicht des BFI diskutiert. (Red.)

Berufsausbildung und Berufsvorbereitung für Jugendliche als zunehmend wichtige Aufgabe der Erwachsenenbildung

Eine Sondierung aus Perspektive des BFI

Michael Sturm

Die Einrichtungen der beruflichen Erwachsenenbildung haben immer schon einen starken Fokus auf die Höherqualifizierung von ArbeitnehmerInnen gelegt. Berufliche Abschlüsse, (international) anerkannte Zertifikate und Diplome sowie fachspezifische Fortbildungen sollen die Beschäftigungsfähigkeit stärken und die Chancen am Arbeitsmarkt nachhaltig verbessern. In den letzten Jahren zeichnet sich die Tendenz ab, verstärkt auf Maßnahmen für Jugendliche zu setzen und diese auszuweiten. Dieses zunehmende Augenmerk auf junge Erwachsene in der arbeitsmarktorientierten Erwachsenenbildung ist nicht zuletzt deshalb von Bedeutung, weil diese Zielgruppe in der Erwachsenenbildung bislang unterrepräsentiert war.

Mehr Chancen durch Ausbildung

Unbestritten ist, dass eine abgeschlossene schulische und berufliche Ausbildung nicht nur die Eintrittskarte in das Erwerbsleben ist, sondern auch maßgeblich die individuelle Entwicklung und gesellschaftliche Partizipation unterstützt. Kommt es – aus welchen Gründen auch immer – zu keinem erfolgreichen Schul- und Berufsabschluss, verringern sich in der Regel die Chancen beim Einstieg in die Arbeitswelt und im weiteren Lebensverlauf massiv. Davon sind zunächst Jugendliche betroffen. Erfolgt kein Gegensteuern, setzt sich dieser Effekt im Erwachsenenalter fort. Die Wahrscheinlichkeit, ohne Pflichtschulabschluss arbeitslos zu werden, ist um ein Vielfaches höher. 44,3%, d.h. fast die Hälfte der von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen,

verfügen in Österreich über maximal einen Pflichtschulabschluss. 26% bzw. jede vierte Person mit höchstens Pflichtschulabschluss ist [Stand Jänner 2019] arbeitslos gemeldet (siehe AMS 2019a). Das Risiko gering Qualifizierter, arbeitslos zu werden oder zu bleiben, ist also überproportional groß.

Es muss daher ein Anliegen verantwortungsvoller Politik sein, jungen Menschen eine erfolgreiche Schullaufbahn, eine Berufsausbildung und damit einen guten Start ins Berufsleben zu ermöglichen. Allerdings ist zu beobachten, dass sich dies offenbar nicht immer im erstrebenswerten Ausmaß realisieren lässt. Zum einen gelingt es nicht, alle SchülerInnen über die Schulpflicht hinaus auch zu einem Pflichtschulabschluss zu führen. Zum anderen mangelt es in der Wirtschaft an Betrieben,

die ausreichend Lehrstellen zur Verfügung stellen, um bedarfsgerecht Lehrlinge ausbilden zu können. Angesichts dieser Befunde, auf die im Folgenden näher eingegangen wird, kann durchaus von einem partiellen Systemversagen des österreichischen Ausbildungswesens gesprochen werden.

Mangel an Ausbildungsplätzen

Schon seit einiger Zeit ist ein massiver Rückgang an Lehrbetrieben zu beobachten. In den vergangenen zehn Jahren sank die Zahl der Ausbildungsbetriebe um fast ein Viertel (-24,7%) und die Zahl der Lehrlinge nahm um rund ein Fünftel (-18%) ab (siehe WKO 2019). Jugendliche, die nach der Schulpflicht keine reguläre Lehrstelle fanden, mussten in berufsbildende Schulen wechseln, manche wichen jedoch nur vorübergehend aus, um dann später mit einer Lehre beginnen zu können. Für viele Jugendliche und ihre Eltern, die eine duale Berufsausbildung mit eigenem Einkommen als Teil ihrer Lebensplanung betrachten, ist dies keine erfreuliche Perspektive. Der sich schon Ende der 1990er Jahre abzeichnende Lehrstellenmangel veranlasste die damalige österreichische Bundesregierung, eine Initiative zu starten, um – zumindest vorübergehend – Abhilfe zu schaffen. Dabei wurde auf Ansätze der in der Erwachsenenbildung praktizierten FacharbeiterInnen-Intensivausbildung und auf das arbeitsmarktpolitische Instrument einer Stiftung zurückgegriffen. Für die Jugendlichen wurden zwei Modelle entwickelt: die Absolvierung einer gesamten technisch-gewerblichen Lehrausbildung in einem der bestehenden Ausbildungszentren der Erwachsenenbildungseinrichtungen mit Berufsschulbesuch zum einen und eine Berufsausbildung in Lehrgängen von Erwachsenenbildungseinrichtungen mit Betriebspraktika und Berufsschulbesuch zum anderen.

Auffangnetz für Jugendliche

Im Sommer 1998 wurde das „Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz“ (JASG) beschlossen (siehe BGBl. I Nr. 91/1998). Mit diesem Gesetz wurde die rechtliche Grundlage geschaffen, insgesamt bis zu 2.500 Plätze in Lehrgängen und 1.500 Plätze in Lehrlingsstiftungen durch die Förderung geeigneter Institutionen bereitzustellen. Das sogenannte „Auffangnetz für

Jugendliche“ sollte das bestehende Missverhältnis zwischen Lehrstellensuchenden und offenen Lehrstellen durch zusätzliche Ausbildungsangebote für Jugendliche, die keine betriebliche Lehrstelle gefunden hatten, beseitigen. Erklärtes Ziel dieser Maßnahmen war, nicht in Konkurrenz zum dualen Berufsausbildungssystem zu treten und die Jugendlichen möglichst rasch ins Regelsystem zu integrieren. Daher war das Gesetz befristet angelegt. Entgegen den ursprünglichen Prognosen trat in den darauffolgenden Jahren jedoch keine Besserung ein, vielmehr verschärfte sich die Situation und der Lehrstellenmangel nahm weiter zu. Nicht zuletzt deshalb sah sich die damalige Bundesregierung veranlasst, eine „Ausbildungsgarantie für Jugendliche“ abzugeben. In der Folge ist es zu einer Ausweitung der Ausbildungsplätze und einer Reihe von Verbesserungen gekommen. Wesentlich war in diesem Zusammenhang, dass 2008 das JASG durch eine Novellierung des Berufsausbildungsgesetzes (siehe BGBl. I Nr. 82/2008), die eine Implementierung der überbetrieblichen Lehrausbildung (ÜBA) als gleichwertigen und regulären Bestandteil der dualen Ausbildung brachte, ersetzt wurde. Seither gibt es zwei Typen von Ausbildungslehrgängen: solche mit einem Ausbildungsvertrag über die gesamte Lehrzeit (ÜBA 1) und solche mit einer kürzeren Dauer (ÜBA 2). Je nachdem ist das Ziel, die Lehrabschlussprüfung im Rahmen der ÜBA abzulegen oder die Jugendlichen auf eine Lehrstelle in einem Betrieb zu vermitteln.

Die Trägereinrichtungen der beiden Modelle werden häufig auch als selbstständige Ausbildungseinrichtungen bezeichnet und sind nach wie vor klassische Erwachsenenbildungsinstitute wie zum Beispiel das Berufsförderungsinstitut (BFI), das bei der ÜBA von Anfang an eine Vorreiterrolle einnahm. Mittlerweile fungieren auch zahlreiche andere Institute als Trägereinrichtung der ÜBA wie z.B. WIFI (Wirtschaftsförderungsinstitut), LFI (Ländliches Fortbildungsinstitut), JaW (Jugend am Werk), ibis acam, Weidinger & Partner.

Die Zahlen der letzten zehn Jahre zeigen, dass rund 8% aller Lehrlinge mittlerweile eine überbetriebliche Lehrausbildung absolvieren. Etwa die Hälfte davon belegt an einem der Berufsförderungsinstitute einen Ausbildungsplatz. Im Schnitt hat das BFI in dieser Zeitspanne jährlich 4.600 Jugendliche ausgebildet. Das entspricht einem Anteil von 3,9% aller Lehrlinge.

Tab. 1: Lehrausbildung in Österreich 2009-2018 nach Betrieben, Lehrlingen und Veränderungen sowie ÜBA- und BFI-Anteilen

	Lehrbetrie- be gesamt	Verände- rung in % zu 2009	Lehrlinge gesamt	Verände- rung in % zu 2009	Lehrlinge in ÜBA	Anteil in % von gesamt	Lehrlinge am BFI	Anteil in % von ÜBA	Anteil in % von gesamt
2009	38.491		131.676		7.420	5,6%	3.972	53,5%	3,0%
2010	37.564	-2,4%	129.899	-1,3%	9.462	7,3%	4.897	51,8%	3,8%
2011	36.640	-4,8%	128.078	-2,7%	9.488	7,4%	4.464	47,0%	3,5%
2012	35.256	-8,4%	125.228	-4,9%	9.521	7,6%	4.718	49,6%	3,8%
2013	33.595	-12,7%	120.579	-8,4%	9.178	7,6%	4.886	53,2%	4,1%
2014	31.878	-17,2%	115.068	-12,6%	9.207	8,0%	4.878	53,0%	4,2%
2015	30.374	-21,1%	109.963	-16,5%	9.328	8,5%	4.724	50,6%	4,3%
2016	29.357	-23,7%	106.950	-18,8%	9.244	8,6%	4.903	53,0%	4,6%
2017	28.962	-24,8%	106.613	-19,0%	9.101	8,5%	4.626	50,8%	4,3%
2018	28.970	-24,7%	107.915	-18,0%	8.302	7,7%	3.930	47,3%	3,6%

Quelle: WKO (2019): Lehrlingsstatistik, Stichtag 31.12.2018; BFI (2019): ÜBA-Statistik und Lehrberufe 2018; eigene Berechnungen

Damit ist das BFI unbestritten der größte Lehrlingsausbilder Österreichs.¹ Neben der fachlich und (sozial-)pädagogisch kompetenten Betreuung der Jugendlichen bietet das BFI vor allem eine hochwertige technische Ausstattung seiner Lehrwerkstätten.

Die Schwerpunkte der ÜBA 1 liegen auf Metall- und Elektrotechnik, Maschinenbau, Informationstechnologie, Mediendesign und -technik sowie Bau- und Baunebengewerbe. Neuerdings werden in Hinblick auf die Anforderungen von Industrie 4.0 auch Module in Robotik in die Ausbildungen integriert. Bei der ÜBA 2 wird erfolgreich mit Partnerbetrieben kooperiert. In beiden Lehrgangstypen gemeinsam können Ausbildungen in insgesamt 116 verschiedenen Lehrberufen durchgeführt werden (siehe BFI 2019).

Die von Einrichtungen der Erwachsenenbildung umgesetzte Ausbildungsgarantie für Jugendliche leistet damit unbestreitbar einen wertvollen Beitrag zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit in Österreich. Der Erfolg dieser politischen Initiative ist auch auf Europäischer Ebene als Good-Practice-Beispiel wahrgenommen worden und hat im April 2013 zur Einführung einer EU-weiten „Jugendgarantie“ beigetragen (siehe ABl. C 120/1 2013). Das heißt, seit 2014 werden jenen EU-Regionen, die eine Jugendarbeitslosenrate

von über 25% aufweisen, von der Europäischen Kommission finanzielle Unterstützungen angeboten.

Mehrwert der überbetrieblichen Lehrausbildung

Die Ausbildungsgarantie für Jugendliche trägt in Österreich nicht nur zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit bei, sie hat auch positive Auswirkungen auf die Nachfrage nach Fachkräften für die Wirtschaft sowie auf die Erwerbsverläufe und Einkommen. 2014 untersuchten ExpertInnen der Arbeiterkammer, welche Effekte die Förderungen, die in die überbetriebliche Lehrausbildung fließen, erwarten lassen. Sie kamen zu dem Ergebnis, „*dass die ÜBA sich im optimistischen Szenario schon nach fünf Jahren ‚rechnet‘ und ab diesem Zeitpunkt einen Überschuss für die öffentlichen Haushalte erzielt*“ (Hofbauer/Kugi-Mazza/Sinowatz 2014, S. 58). Denn durch die zu erwartenden Beschäftigungsaufnahmen nach absolvierter ÜBA würden die Abgabenleistungen seitens der ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen sowie die Steuereinnahmen des Staates steigen. Die Kosten der ÜBA würden sich nicht nur amortisieren, sondern mittelfristig sogar zur Finanzierung des Sozialstaates beitragen.

¹ Dahinter reihen sich (Stand 2019): SPAR (2.300 Lehrlinge in 21 Lehrberufen), ÖBB (1.900 Lehrlinge in 24 Berufen), REWE (1.800 Lehrlinge in 23 Berufen). Nachzulesen unter: <https://www.tag-der-lehre.at>.

Eine aktuelle Analyse von Synthesis Forschung bestätigt diese Ergebnisse. Darin wurden Jugendliche, die eine überbetriebliche Lehrausbildung begonnen hatten, in einem mehrjährigen Verlauf (2013–2017) zum einen mit Jugendlichen verglichen, die eine klassische duale Ausbildung aufgenommen hatten, zum anderen mit Jugendlichen, die ohne Berufsausbildung in eine Beschäftigung wechselten. Die empirischen Befunde zeigten eine deutlich bessere Arbeitsmarktintegration der ÜBA-Teilnehmenden mit erfüllter, sprich absolvierter Lehrzeit: *„Unter den ÜBA-Teilnehmenden zeigt sich im Zeitraum 2013 und 2017 eine rasche Verbesserung des Integrationsgrades. Gleichzeitig wird ein eklatanter Unterschied zwischen Teilnehmenden ‚mit erfüllter‘ bzw. ‚ohne erfüllter‘ Lehrzeit deutlich. Die ÜBA-Teilnehmenden ‚ohne‘ wiesen im Jahr 2017 um 106 Tage mehr Erwerbslosigkeit auf als die ÜBA-Teilnehmenden ‚mit‘“* (Holl/Kernbeiß/Wagner-Pinter 2018, S. 14). Zudem verdienten der Studie zufolge die ÜBA-Teilnehmenden mit erfüllter Lehrzeit im Jahr um rund 7.200 Euro mehr als jene ohne Lehrabschluss. Aber nicht nur die einzelnen AbsolventInnen profitieren von der ÜBA. Aus realwirtschaftlicher Perspektive ergebe sich auch ein Mehrwert für den Staat. Den Kosten der ÜBA 2014 bis 2017 in der Höhe von 58 Mio. Euro stehen eine Bruttowertschöpfung von 42 Mio. Euro und 25 Mio. Euro an Abgaben und Steuern gegenüber. Die Berechnungen zeigten, *„die ursprüngliche Investition erweist sich bereits 2017 als budgetneutral“* (ebd., S. 17).

Die AutorInnen beider Studien kommen zu dem Schluss, dass sich aus Sicht der öffentlichen Hand das Investitionskalkül bereits nach vier bzw. fünf Jahren rechnet. Ein Verdrängungsmechanismus zwischen AbsolventInnen der dualen Ausbildung und der ÜBA konnte nicht festgestellt werden. Vielmehr belegen die erfolgten Arbeitsaufnahmen eine Abdeckung des Fachkräftebedarfs. Die Aufwendungen für die ÜBA machen sich jedenfalls mittel- und langfristig sowohl individuell als auch für die Wirtschaft und den Staat bezahlt.

Problemgruppe NEET-Jugendliche

Im Unterschied zu anderen europäischen Staaten endet die Schulpflicht in Österreich bereits nach nur neun Jahren. Zwar besucht der überwiegende Teil

der Jugendlichen eine weiterführende Schule oder absolviert eine Berufsausbildung, eine Gruppe von Jugendlichen taucht nach dem Ende der Schulpflicht jedoch komplett „unter“. Diese Jugendlichen, die oft nicht einmal über einen positiven Pflichtschulabschluss verfügen, beginnen keine berufliche Ausbildung, haben keine Anstellung und nehmen auch an keiner vom Arbeitsmarktservice geförderten und vermittelten Bildungsmaßnahme teil. Diese Personen im Alter zwischen 16 und 24 Jahren gehören zur sogenannten NEET-Gruppe (NEET steht für „Not in Education, Employment or Training“).

Zur erstmaligen Quantifizierung und Unterstützung dieser arbeitsmarktpolitischen Zielgruppe in Österreich wurde zu Beginn der 2010er Jahre vom damaligen Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz eine umfassende Studie in Auftrag gegeben. Die ForscherInnen kamen zu folgendem Ergebnis: *„Im Durchschnitt beträgt der Anteil der NEET-Jugendlichen im Untersuchungszeitraum 2006 bis 2011 8,6 % [...]. Absolut betrachtet sind dies 78.000 junge Menschen“* (ISW/IBE/JKU 2013, S. 75). Der qualitative Teil der Untersuchung zeigte, dass die Ursachen für den Abbruch der Schul- und Berufskarriere genauso wie die Problemlagen der Betroffenen in dem anberaumten Untersuchungszeitraum sehr unterschiedlich waren. Was sie verband, waren die stark eingeschränkten Entwicklungsmöglichkeiten: kaum Beschäftigungschancen, bestenfalls Hilfsdienste, erhöhte Armutsgefährdung.

Ohne Intervention würde sich die Situation für die NEET-Jugendlichen – so die StudienautorInnen – verfestigen und hätte weitreichende negative individuelle, volkswirtschaftliche und gesellschaftspolitische Folgen. Sollen diese abgewendet werden, sei es sinnvoll, Maßnahmen einzuleiten, die auf eine Reduktion der NEET-Rate abzielen. Die StudienautorInnen zogen hierfür aus ihren Analysen einige Schlussfolgerungen: *„Trägt man der Tatsache Rechnung, dass einem NEET-Status – wie die qualitativen Interviews eindrucksvoll aufgezeigt haben – eine individuelle Ursachenkette zugrunde liegt, lässt sich als erste Handlungsempfehlung ableiten: Maßnahmen sollten bei den individuellen Bedürfnissen der Jugendlichen ansetzen, niederschwellig, flächendeckend und flexibel sein, rechtzeitig eingreifen und nachhaltig wirken“* (Bacher et al. 2013, S. 124). Sie plädieren denn auch dafür, möglichst früh mit Beratungs- und

Betreuungsleistungen zu beginnen und diese im Sinne einer aufsuchenden Sozial- und Jugendarbeit auszudehnen.

Neben einer umfassenden Berufsorientierung, die das Arbeitsmarktservice über seine Berufsinformationszentren den Jugendlichen vor und nach Erfüllung der Schulpflicht kostenlos anbietet, setzt hier vor allem das Jugendcoaching an. Dabei handelt es sich um eine präventive Maßnahme, mit der ein vorzeitiger Schulabbruch vermieden werden soll. Mit diesem Angebot, das 2013 in ganz Österreich eingeführt wurde, konnten ein Jahr später bereits 28.000 Jugendliche erreicht werden. 2017 waren es schon 51.000. *„Zielgruppe des Jugendcoachings sind alle SchülerInnen in ihrem neunten Schulbesuchsjahr, ‚systemferne‘ Jugendliche unter 19 Jahren sowie Jugendliche unter 25 Jahren, wenn ein sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt wurde oder eine Behinderung vorliegt, sie individuelle Beeinträchtigungen oder soziale Benachteiligungen aufweisen oder gefährdet sind, keinen Abschluss der Sekundarstufe I oder II zu erlangen (‚early school leavers‘)“* (BMASK 2015, S. 92).

Unmittelbar an das Jugendcoaching schließt das Angebot der Produktionsschulen an. Es richtet sich an Jugendliche bis 25 Jahre und soll der psychosozialen Stabilisierung, dem Aufbau von fachlichen Kenntnissen und Sozialkompetenz dienen. Mit dem Erwerb von Basisqualifikationen und Arbeitstugenden soll ein sanfter Eintritt in das Berufsleben oder eine weiterführende Ausbildung unterstützt werden. In Österreich wurde die erste Produktionsschule 2001 in Linz eröffnet, 2002 folgte die zweite in Steyr (siehe Bergmann/Schelepa 2011). Im Jahr 2017 wurden Produktionsschulen österreichweit in 49 Projekten angeboten und 4.130 Teilnahmen verzeichnet.

Regional wird das Modell der Produktionsschule durchaus unterschiedlich umgesetzt. Alle verfügen jedoch über Werkstätten, sozialpädagogische Begleitung und individuelle Angebote zum Nachholen schulischer Grundkenntnisse. Trotz zahlreicher und oft mehrfacher Beeinträchtigungen gelangen die Jugendlichen im Durchschnitt so nach zehn Monaten

zum Abschluss. *„In Hinblick auf die Abschlüsse wird ersichtlich, dass die häufigste Empfehlung als weiterer Schritt für die Jugendlichen eine verlängerte Lehre darstellt (36 %), gefolgt von einer regulären Lehre mit 25 %. 17 % der Teilnahmen wird nach dem Abschließen der Produktionsschule eine Teilqualifizierung empfohlen. Bei 12 % wird ein Schulbesuch als nächster Schritt als geeignet angesehen“* (BundesKOST 2018, S. 33).

Im Zuge der Vereinheitlichung und Systematisierung der Angebote für Jugendliche mit Nachholbedarf seitens des damaligen Sozialministeriumservices wurden Anfang 2015 die Produktionsschulen um das Programm „AusbildungsFit“ erweitert. Der Großteil der Produktionsschulen wird von Einrichtungen der Erwachsenenbildung betrieben. 33 Anbieter sind dieser Trägerschaft zuzuordnen, den Rest stellen sozialintegrative Vereine und regionale Beschäftigungsinitiativen.²

Ausbildung bis 18

Im Arbeitsprogramm der Bundesregierung Faymann II 2013–2018 wurde verankert, dass alle unter 18-Jährigen nach Möglichkeit eine über den Pflichtschulabschluss hinausgehende Ausbildung abschließen sollen. Eine Grundlagenanalyse des Instituts für Höhere Studien (IHS) hatte ergeben, dass in Österreich 6,8% bzw. 5.300 SchülerInnen pro Jahrgang nach der Pflichtschule keine weiterführende Ausbildung beginnen. Darüber hinaus brechen 6,5% der Jugendlichen in der Berufsbildenden höheren Schule, 8,6% in der Allgemeinbildenden höheren Schule, 13,6% in der Berufsbildenden mittleren Schule und knapp 24% während der Lehrzeit ihre Ausbildung ab (siehe Steiner/Pressl/Karaszek 2015). Allen diesen Jugendlichen bis 18 Jahre, die aus dem System fallen, wollte die damalige österreichische Bundesregierung mit der „Ausbildung bis 18“ eine Zukunftschance eröffnen. Durch den Abschluss einer Ausbildung sollten nicht nur die Drop-out-Raten gesenkt, sondern sollte auch in Hinblick auf mögliche Spätfolgen einer unzureichenden beruflichen Qualifikation am Arbeitsmarkt vorgesorgt werden.

² Neben dem BFI sind hier v.a. zu nennen: BBRZ (Berufliche Bildungs- und Rehabilitationszentrum), FAB (Verein zur Förderung von Arbeit und Beschäftigung), ibis acam, JaW (Jugend am Werk), Lebenshilfe, Volkshilfe und pro mente. Mehr dazu unter: <https://www.neba.at/produktionsschulen>

Im Sommer 2016 wurde schließlich das Jugendausbildungsgesetz beschlossen (siehe BGBl. I Nr. 62/2016). Um dem Anliegen der Bundesregierung mehr Verbindlichkeit zu geben, ist mit dem Gesetz eine Ausbildungspflicht für Jugendliche verbunden. Dafür wurde sogar das Bundesverfassungsgesetz geändert. Mit der Ausbildungspflicht sollen in Zukunft frühe Schulabbrüche verhindert, mehr Chancengleichheit für sozial benachteiligte Jugendliche geschaffen, mehr Fachkräfte für die Wirtschaft ausgebildet und generell das Bildungsniveau angehoben werden. Erfüllt wird die Ausbildungspflicht durch den Besuch einer weiterführenden Schule, eine duale Ausbildung oder durch die Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Maßnahme. Mit der Ausbildung bis 18 wurden die schon bisher bestehenden Angebote für Jugendliche zusammengeführt: das Jugendcoaching, die Produktionsschulen, die Ausbildungsgarantie und ergänzend dazu das Lehrlings- und Lehrbetriebscoaching, *„das zum Ziel hat, durch fallbezogene Beratung von Lehrlingen, aber auch Lehrbetrieben, Abbrüche von Lehrverhältnissen zu verhindern. Diese Maßnahme wird aus den Mitteln der Lehrstellenförderung finanziert“* (Löffler 2019, S. 15). Einen Überblick über das breite Angebot bietet die eigens dafür eingerichtete Website.

Ausbildungsgarantie bis 25

Zusätzlich zur Ausbildung bis 18 wurde ab dem Jahr 2017 die bestehende Ausbildungsgarantie auf arbeitslose junge Erwachsene, die nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen, bis zu einem Alter von 25 Jahren ausgeweitet. Damit wurde für 19- bis 24-jährige Arbeitslose ohne formale Berufsausbildung die Möglichkeit zur Nachqualifizierung eröffnet. Sie erhielten damit einen Anspruch, an Arbeitmarktschulungen wie der FacharbeiterInnen-Intensivausbildung, der ÜBA, Arbeitsstiftungen oder einer arbeitsplatznahen Qualifizierung teilzunehmen. Auch wenn die Förderquote des Arbeitsmarktservice für diese Zielgruppe zu diesem Zeitpunkt schon bei 74% lag, sollten noch mehr Anreize geboten werden, eine Ausbildung zu absolvieren (siehe Oswald 2016). Mit der Ausweitung der Ausbildungsgarantie konnte 2017 immerhin 12.000 jungen Erwachsenen zusätzlich eine Ausbildungsperspektive geboten werden, allerdings war

das Programm, das über das Arbeitsmarktservice abgewickelt wurde, auf zwei Jahre befristet. Eine Verlängerung ist aktuell nicht vorgesehen.

Ausblick und Resümee: Erwachsenenbildung ein unverzichtbarer Bestandteil der Erstausbildung

In den letzten 20 Jahren lässt sich eine Verschiebung der Schwerpunktsetzung bei den Zielgruppen der aktiven Arbeitsmarktpolitik feststellen. War diese lange Zeit auf ArbeitnehmerInnen im Haupterwerbsalter ausgelegt, so kam es zu einer Verlagerung auf die beiden Enden der Erwerbstätigkeit: Jugendliche bis 25 Jahre und Ältere ab 50 Jahre rückten stärker in den Fokus. Zum einen lag das daran, dass die Jugendarbeitslosigkeit deutlich anstieg und perspektivenlose Jugendliche ein massives gesamtgesellschaftliches Problem darstellen, das nur durch möglichst früh einsetzende Intervention zu beseitigen ist. Zum anderen hängt das damit zusammen, dass der erhöhten Lebenserwartung und dem Ziel eines späteren Pensionsantritts tendenziell bei älteren Personen eine Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit gegenüberstand. Daher sollte die Beschäftigungsfähigkeit älterer ArbeitnehmerInnen gestärkt werden.

Während die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der letzten Jahre bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen als erfolgreich eingestuft werden können, sind im gleichen Zeitraum keine Auswirkungen auf die älteren Arbeitslosen festzustellen gewesen. Einzig die Aktion 20.000, die 2017 beschlossen wurde und mit der insgesamt 20.000 geförderte Arbeitsplätze in sozialen Unternehmen für ältere Langzeitarbeitslose hätten geschaffen werden sollen, bewirkte einen Rückgang der Arbeitslosigkeit in dieser Zielgruppe. *„Im Rahmen der Aktion 20.000 konnten während der Pilotphase (Juli bis Dezember 2017) rund 3.800 Personen eine neu geschaffene Stelle im gemeinnützigen Bereich antreten“* (BMASGK 2019). Dennoch wurde diese Maßnahme von der Bundesregierung Kurz 2018 wieder eingestellt.

Die Arbeitsmarktdaten der letzten 15 Jahre belegen, dass die Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen und bei den Älteren immer schon deutlich höher als der

Tab. 2: Arbeitslosigkeit in Österreich nach Alter in den Jahren 2003, 2008, 2013, 2018 und Veränderung zu 2003

	2003		2008		2013		2018		Veränderung zu 2003	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Jugendarbeitslosigkeit 15 bis unter 25 Jahre	39.366	16,4%	34.069	16,1%	42.744	14,9%	32.444	10,4%	-6.922	-17,6%
Altersarbeitslosigkeit 50 Jahre und älter	49.565	20,6%	43.620	20,6%	69.227	24,1%	97.473	31,2%	47.908	96,7%
Arbeitslosigkeit insgesamt	240.079	7,0%	212.253	5,9%	287.206	7,6%	312.107	7,7%	72.028	30,0%

Quelle: AMS (2019b): Arbeitsmarktdaten 2003, 2008, 2013, 2018; eigene Berechnungen

Durchschnitt lag. Durch den Einsatz vielfältiger arbeitsmarktpolitischer Förderinstrumente konnte der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen von 16,4% im Jahr 2003 auf 10,4% im Jahr 2018 verringert werden. Das sind um 17,6% bzw. fast 7.000 Personen weniger als noch vor 15 Jahren. Im gleichen Zeitraum stieg hingegen der Anteil der Älteren an der Gesamtheit der Arbeitslosen von 20,6% auf 31,2%. In absoluten Zahlen ausgedrückt, ist das ein Plus von 47.908 Personen. Dieser Zuwachs kommt somit fast einer Verdoppelung innerhalb von nur 15 Jahren gleich.

Es ist nachvollziehbar, dass für unterschiedliche Zielgruppen und Problemlagen am Arbeitsmarkt in Hinblick auf die Erfolgsaussichten unterschiedliche Instrumente zum Einsatz kommen. Im Unterschied zu Jugendlichen wirken bei Älteren temporär geförderte Arbeitsplätze und Lohnsubventionen eher beschäftigungsfördernd. Bei den Jugendlichen zeigt sich wiederum, dass die Mischung aus und das Zusammenspiel von qualifizierenden und begleitenden Maßnahmen, wie sie in der „Ausbildung bis 18“ gebündelt und systematisiert wurden, sehr wirksam sind. So konnte die NEET-Rate im Jahr 2017 um 1,2 Prozentpunkte auf 6,5% gesenkt werden (siehe Statistik Austria 2019).

Dass die mit diesen Maßnahmen beauftragten Erwachsenenbildungseinrichtungen von großer Bedeutung für die Zielgruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind, ist evident. Denn in den meisten Fällen zeichnen sie nicht nur konzeptionell für die Entwicklung der Maßnahmen verantwortlich, sondern setzen diese auch um und erzielen dabei große arbeitsmarktpolitische Erfolge, wie quantitativ und qualitativ gezeigt werden konnte. Durch das Eingreifen der Erwachsenenbildungsinstitute und die Übernahme von Verantwortung für diesen Bereich wird de facto das partielle Systemversagen in der schulischen und betrieblichen Ausbildung, das durch Schulabbruch und fehlende Lehrplätze sichtbar wird, kaschiert. Da eine Autokorrektur des traditionellen Ausbildungswesen in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist, wird die arbeitsmarktorientierte Erwachsenenbildung bei atypischen Bildungsverläufen weiterhin eine wichtige Rolle für die Auszubildenden und ihr soziales Umfeld einnehmen. Unter diesem Aspekt ist die Erwachsenenbildung mittlerweile zu einem unverzichtbaren Bestandteil der Erstausbildung geworden. Ihr Stellenwert im Rahmen des gesamten österreichischen Bildungssystems dürfte in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen.

Literatur

- ABl. C 120/1 2013:** Empfehlung des Rates vom 22. April 2013 zur Einführung einer Jugendgarantie. Online im Internet: [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32013H0426\(01\)&from=EN](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32013H0426(01)&from=EN) [Stand: 2019-09-04].
- AMS (2019a):** Arbeitsmarkt & Bildung. Jänner 2019. Arbeitsmarktdaten im Kontext von Bildungsabschlüssen. Wien: Arbeitsmarkt-service Österreich. Online im Internet: https://www.ams.at/content/dam/download/arbeitsmarktdaten/%C3%B6sterreich/berichte-auswertungen/001_am_bildung_0119.pdf [Stand: 2019-09-04].
- AMS (2019b):** Arbeitsmarktdaten 2003, 2008, 2013, 2018. Online im Internet: <https://www.ams.at/arbeitsmarktdaten-und-medien/arbeitsmarkt-daten-und-arbeitsmarkt-forschung/berichte-und-auswertungen> [Stand: 2019-09-04].
- Bacher, Johann/Tamesberger, Dennis/Leitgöb, Heinz/Lankmayer, Thomas (2013):** NEET-Jugendliche. Eine arbeitsmarktpolitische Zielgruppe in Österreich. In: Wirtschafts- und sozialpolitische Zeitschrift, Jg. 36, Nr. 4/13, S. 103-131.
- Bergmann, Nadja/Schelepa, Susanne (2011):** Bestandsaufnahme der österreichischen Produktionsschulen. Wien: L&R Sozialforschung.
- BFI – Berufsförderungsinstitut (2019):** ÜBA-Statistik und Lehrberufe. Wien: Berufsförderungsinstitut Österreich.
- BGBL. I Nr. 91/1998:** Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz betreffend ein Förderprogramm zur Sicherung ausreichender Berufsausbildungsmöglichkeiten (Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz) erlassen wird. Ausgegeben am 21. Juli 1998. Online im Internet: https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1998_91_1/1998_91_1.pdf [Stand: 2019-09-04].
- BGBL. I Nr. 82/2008:** Bundesgesetz: Änderung des Berufsausbildungsgesetzes. Ausgegeben am 26. Juni 2008. Online im Internet: https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2008_I_82/BGBLA_2008_I_82.pdfsig [Stand: 2019-09-04].
- BGBL. I Nr. 62/2016:** Bundesgesetz: Jugendausbildungsgesetz. Ausgegeben am 30. Juli 2016. Online im Internet: https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2016_I_62/BGBLA_2016_I_62.pdfsig [Stand: 2019-09-04].
- BMASGK – Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (2019):** Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Online im Internet: https://www.sozialministerium.at/site/Arbeit_Behinderung/Arbeitsmarkt/Arbeitsmarktpolitik/Aeltere_ArbeitnehmerInnen [Stand: 2019-09-04].
- BMASK – Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2015):** Aktive Arbeitsmarktpolitik in Österreich 2015. Dokumentation. Wien: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz.
- BundesKOST (2018):** Produktionsschule 2017. Jahresbericht. Wien: Bundesweite Koordinierungsstelle Ausbildung bis 18. Online im Internet: <https://www.bundeskost.at/wp-content/uploads/2018/05/Produktionsschule-Jahresbericht-2017.pdf> [Stand: 2019-09-04].
- Hofbauer, Silvia/Kugi-Mazza, Edith/Sinowatz, Lisa (2014):** Erfolgsmodell ÜBA. Eine Analyse der Effekte von Investitionen in die überbetriebliche Ausbildung auf Arbeitsmarkt und öffentliche Haushalte. In: Wirtschafts- und sozialpolitische Zeitschrift, Jg. 37, Nr. 3/14, S. 51-66.
- Holl, Jürgen/Kernbeiß, Günter/Wagner-Pinter, Michael (2018):** Die überbetriebliche Lehrausbildung. Eine Analyse in mittelfristiger Perspektive. Wien: Synthesis Forschung GmbH.
- ISW/IBE/JKU – Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften/Institut für Berufs- und Erwachsenenbildungsforschung/ Johannes Kepler Universität Linz (2013):** Studie zur Unterstützung der arbeitsmarktpolitischen Zielgruppe „NEET“. Wien: BMASK. Online im Internet: https://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/2/6/0/CH3434/CMS1459845044748/26_bmask_neet-studie.pdf [Stand: 2019-09-04].
- Löffler, Roland (2019):** Einmündung in den Beruf. Verbleib von Wiener Lehrlingen nach der Ausbildung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis. Zeitschrift des Bundesinstituts für Berufsbildung. 48. Jg., Heft 2/2019, S. 11-15.
- Oswald, Günther (2016):** Ausbildungsgarantie: „Das wird keine Massengeschichte“. AMS-Vorstand Johannes Kopf erklärt, warum er den Beschluss der Regierung dennoch für richtig hält. In: Der Standard vom 26. Oktober 2016. Online im Internet: <https://derstandard.at/2000046486855/Ausbildungs-garantie-Das-wird-keine-Massengeschichte-werden> [Stand: 2019-09-04].
- Statistik Austria (2019):** Nichterwerbstätige Jugendliche (NEETs). Online im Internet: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bildung/bildungsindikatoren/nichterwerbstaetige_jugendliche/index.html [Stand: 2019-09-04].

Steiner, Mario/Pressl, Gabriele/Karaszek, Johannes (2015): Ausbildung bis 18. Grundlagenanalysen zum Bedarf von und Angebot für die Zielgruppe. Studie im Auftrag des BMASK, BMBF und BMWFW (= Sozialpolitische Studienreihe. 20). Wien. Online im Internet:
https://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/8/3/9/CH3434/CMS1454667224496/ausbildung_bis_18_endbericht.pdf
[Stand: 2019-09-04].

WKO – Wirtschaftskammer Österreich (2019): Lehrlingsstatistik 2002-2018. Stichtag 31.12.2018. Online im Internet:
<https://www.wko.at/service/zahlen-daten-fakten/daten-lehrlingsstatistik.html> [Stand: 2019-09-04].

Weiterführende Links

Website „Ausbildung bis 18“: <https://www.ausbildungbis18.at>



Foto: BFI Österreich/
Johannes Czpek

Dr. Michael Sturm

m.sturm@bfi.at
<https://www.bfi.at>
+43 (0)1 5863703-11

Michael Sturm hat Erziehungs- und Politikwissenschaften in Wien studiert und ist Geschäftsführer des Berufsförderungsinstitut (BFI) Österreich sowie Vorsitzender der Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs (KEBÖ), der Berufsvereinigung der ArbeitgeberInnen privater Bildungseinrichtungen (BABE) und des Österreichischen Instituts für Berufsbildungsforschung (ÖIBF).

Vocational Education and Preparation of Young People as an Increasingly Important Task of Adult Education

An exploration from the perspective of BFI

Abstract

Too many school dropouts, too few internships in the dual vocational education and training system – these are areas of concern that have resulted in several initiatives outside the traditional educational system in Austria in the past two decades. Adult education institutions have made a significant contribution to their development. The supra-company apprenticeship training programmes (*Überbetriebliche Lehrausbildung – ÜBA* in German) and the establishment of production schools, which were ultimately combined with coaching courses into the programme „Education until 18“ by the previous government, can be traced back to the commitment of adult education institutes (above all BFI, BBRZ, FAB, JaW). Easing the transition from school and education to entry into the workplace, these target group-specific advising and qualification courses offered in line with demand have significantly contributed to the reduction in unemployment of teenagers and young adults as well as the NEET rate (NEET = not in education, employment or training). This article discusses in what form and to what extent this is happening and what impact it will have on adult education as a whole from the perspective of BFI. (Ed.)

Impressum/Offenlegung



Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
Gefördert aus Mitteln des BMBWF
erscheint 3 x jährlich online, mit Parallelausgabe im Druck
Online: <https://erwachsenenbildung.at/magazin>

Herstellung und Verlag der Druck-Version:
Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISSN: 1993-6818 (Online) | ISSN: 2076-2879 (Druck)
ISSN-L: 1993-6818
ISBN: 9783750401341

Projektträger



CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Marienplatz 1/2/L
A-8020 Graz
ZVR-Zahl: 167333476

Medieninhaber



Bundesministerium für Bildung,
Wissenschaft und Forschung
Minoritenplatz 5
A-1010 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A-5360 St. Wolfgang

Herausgeber der Ausgabe 38, 2019

Mag.^a Julia Schindler (Freiberuflerin)
Mag. Kurt Schmid (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)
MMag. Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschule)

HerausgeberInnen des Magazin erwachsenenbildung.at

Mag.^a Regina Rosc (Bundesministerium für Bildung)
Dr. Christian Kloyber (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)

Fachbeirat

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Elke Gruber (Universität Graz)
Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für höhere Studien)
Mag. Kurt Schmid (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)
Mag.^a Julia Schindler (Freiberuflerin)
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)
Mag. Lukas Wieselberg (ORF Radio Ö1)

Online-Redaktion

Mag.^a Bianca Friesenbichler (Verein CONEDU)
Mag. Wilfried Frei (Verein CONEDU)

Fachlektorat

Mag.^a Laura R. Rosinger (Textconsult)

Übersetzung

Übersetzungsbüro Mag.^a Andrea Kraus

Satz

Mag.^a Sabine Schnepfleitner (Verein CONEDU)

Design

Karin Klier (tür 3))) DESIGN)

Website

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

Medienlinie

„Magazin erwachsenenbildung.at – Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs“ (kurz: Meb) ist ein redaktionelles Medium mit Fachbeiträgen von AutorInnen aus Forschung und Praxis sowie aus Bildungsplanung, Bildungspolitik u. Interessensvertretungen. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind, sowie an BildungsforscherInnen und Auszubildende. Das Meb fördert die Auseinandersetzung mit Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik und spiegelt sie wider. Es unterstützt den Wissenstransfer zwischen aktueller Forschung, innovativer Projektlandschaft und variantenreicher Bildungspraxis. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema, das in einem Call for Papers dargelegt wird. Die von AutorInnen eingesendeten Beiträge werden dem Peer-Review eines Fachbeirats unterzogen. Redaktionelle Beiträge ergänzen die Ausgaben. Alle angenommenen Beiträge werden lektoriert und redaktionell für die Veröffentlichung aufbereitet. Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der HerausgeberInnen oder der Redaktion. Die HerausgeberInnen übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte verlinkter Seiten und distanzieren sich insbesondere von rassistischen, sexistischen oder sonstwie diskriminierenden Äußerungen oder rechtswidrigen Inhalten solcher Quellen.

Alle Artikel und Ausgaben des Magazin erwachsenenbildung.at sind im PDF-Format unter <https://erwachsenenbildung.at/magazin> kostenlos verfügbar. Das Online-Magazin erscheint parallel auch in Druck (Print-on-Demand) sowie als E-Book.

Urheberrecht und Lizenzierung

Wenn nicht anders angegeben, erscheint die Online-Version des „Magazin erwachsenenbildung.at“ ab Ausgabe 28, 2016 unter der Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>).



BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen verbreiten, verteilen, wiederveröffentlichen, bearbeiten, weiterentwickeln, mixen, kompilieren und auch monetarisieren (kommerziell nutzen):

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL angeben.
- Angabe von Änderungen: Im Falle einer Bearbeitung müssen Sie die vorgenommenen Änderungen angeben.
- Nennung der Lizenzbedingungen inklusive Angabe des Links zur Lizenz. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieses Werk fällt, mitteilen.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt. Nähere Informationen unter <https://www.fairkom.eu/CC-at>.

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar elektronisch an magazin@erwachsenenbildung.at oder postalisch an die angegebene Kontaktadresse.

Kontakt und Hersteller

Magazin erwachsenenbildung.at
Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
p. A. CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Marienplatz 1/2/L, A-8020 Graz
magazin@erwachsenenbildung.at